

## 15. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Inhaltsprotokoll

### Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

44. Sitzung  
14. Juni 2004

Beginn: 10.06 Uhr  
Ende: 13.00 Uhr  
Vorsitz: Frau Abg. Ströver (Grüne)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Frau Vors. Ströver** beantragt für die Fraktion der Grünen,

Antrag der Grünen Drucksache 15/2897 über Aus dem Debakel „Topographie des Terrors“ Konsequenzen ziehen: Senatsbaudirektor ablösen – Dokumentations- und Besucherzentrum bauen!

als TOP 2 d) auf die Tagesordnung zu nehmen. TOP 2 d) und e) (alt) werden TOP 2 e) und f) (neu).

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

1. **Wann wird der Senator den Stiftungsrat für die Stiftung Oper in Berlin besetzen?**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) antwortet auf die Frage von **Frau Abg. Grütters** (CDU), die Besetzung des Stiftungsrates werde vordringlich bearbeitet, die Endabstimmung finde gegenwärtig statt, und noch im Sommer werde der Stiftungsrat nominiert werden. Hierzu bedürfe es eines Senatsbeschlusses und der Bestätigung des Abgeordnetenhauses.

**Frau Abg. Grütters** (CDU) möchte wissen, warum die Entscheidung bisher nicht vorrangig behandelt worden sei. Der Senator sollte das Interesse haben, die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen. In welcher Eigenschaft agiere der Senator gegenwärtig?

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) antwortet, gegenwärtig verkörpere er nach dem Gesetz den Stiftungsrat. Die Verzögerungen hingen auch mit den verzögerten Haushaltsberatungen zusammen. Das Parlament solle nach der Sommerpause zu Beginn seiner Arbeit darüber entscheiden können.

**2. Wann wird der angekündigte Masterplan für die Bibliotheken vorliegen?**  
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) antwortet auf die Frage von **Frau Abg. Meister** (FDP), der Kulturausschuss habe anlässlich der Beratung des Bezirkskulturberichts empfohlen, eine Expertenkommission zur Zukunft der Bibliotheken in Berlin zu installieren. Am 22. 4. 04 sei dies erfolgt. Einvernehmlich mit den in den Bezirken für das Bibliothekswesen zuständigen Stadträten und -rätinnen seien an Aufgaben für die Kommission u. a. definiert worden: Betriebsvergleich der öffentlichen Bibliotheken, insbesondere Auswertung der Ergebnisse der Kosten-Leistungsrechnungsdaten, die erhoben würden, Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die politischen Entscheidungsträger auf Bezirks- und Landesebene zur Re- bzw. Neuorganisation der bezirklichen Bibliotheken. Die Kommission solle Strukturvorschläge und Kooperationsmodelle für das Berliner öffentliche Bibliothekswesen ausarbeiten, die insbesondere der Größe der polyzentrischen Struktur Berlins und der gewachsenen Vielfalt der Berliner öffentlichen Bibliotheken gerecht würden, eine Stärkung ihrer gesamtstädtischen Bedeutung versprechen, bei stabilen Finanzen kontinuierliche städtische Entwicklungsperspektiven beinhalten und nachhaltig Innovation und Modernisierung in den Berliner öffentlichen Bibliotheken fördern. Lang- und mittelfristig solle die Stabilität von bibliothekarischen Angeboten und Serviceleistungen garantiert werden. Es solle auch darauf geachtet werden, interne Doppel- und Mehrfacharbeiten konsequent zu verhindern. Nach der Sommerpause solle unter Moderation von SenWissKult eine Anhörung der Expertenkommission mit den politischen Entscheidungsträgern stattfinden. Im Herbst 2004 sollten zu einem öffentlichen Kolloquium externe Experten aus dem europäischen Ausland eingeladen werden, womit ein Städtevergleich ermöglicht werden solle. Er erwarte, dass die Expertenkommission zum ersten Quartal 2005 Handlungsempfehlungen an SenWissKult vorlegen werde. Im zweiten Quartal 2005 wolle er dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage unterbreiten, die die Handlungsempfehlungen der Kommission und die Bewertung durch den Senat darstellen werde.

**3. Welches Konzept hat der Senat zur Finanzierung des Theaters „Hans-Wurst-Nachfahren“ im Jahr 2005?**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) antwortet auf die Frage von **Frau Abg. Lange** (SPD), die Spielstätte des Theaters in Schöneberg sei 1991 in Abstimmung mit dem Bezirksamt Schöneberg, SenBauWohn und SenWissKult mit ca. 2,5 Millionen DM aus Sanierungsfördermitteln hergerichtet und durch einen 20 Jahre laufenden Mietvertrag gesichert worden. Miete und Nebenkosten in Höhe von ca. 35 330 € würden vom Land Berlin getragen. Die Spielstätte werde dem Theater unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werde das Theater im Rahmen der Förderung freier Gruppen regelmäßig durch Basisförderung für den Betrieb der Spielstätte, für die Erarbeitung von Produktionen und für allgemeine Theaterarbeit unterstützt. Auch für die Jahre 2005 und 2006 habe die Jury, die ihre Beratungen gerade abgeschlossen habe, wieder eine Förderempfehlung für dieses Theater ausgesprochen, so dass die Arbeit als weiterhin gesichert angesehen werden könne.

**4. Wo endet die Allmacht einer Witwe? Oder: Wann wird das Possenspiel um das abgedeckte künstliche Kontrollhäuschen am ehemaligen Grenzübergang Checkpoint Charlie ein Ende haben?**  
(auf Antrag der Fraktion der Grünen)

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) antwortet auf die Frage von **Frau Vors. Ströver**, ein durchdachter und konzeptionell begründeter Umgang mit diesem zeitgeschichtlichen Ort sei nötig. Die verschiedenen Akteure müssten zusammenfinden. Zusammen mit SenStadt und BzBm Schulz sei verabredet worden, unter Leitung der Fachleute von SenWissKult eine Konzeption für die Auseinandersetzung mit Geschichte im öffentlichen Raum an dieser Stelle zu erarbeiten. Aus den Erfahrungen der Gedenkstättenarbeit und unter Hinzuziehung kompetenter Institutionen wie dem Museum in der Bernauer Straße oder dem Forum für Geschichte und Gegenwart, das bereits bei der Darstellung des Mauerverlaufs bekannt geworden sei, solle eine Konzeption erarbeitet werden, die mit den genehmigenden Stellen wie auch mit dem Mauermuseum abgestimmt werden solle. Eine konsistente, auf die Teilungsgeschichte bezogene Darstellung solle gefunden werden, die auch Bezug auf

andere Orte nehme. Die genehmigungsrechtlichen Angelegenheiten müssten sich im Fachkontakt mit den zuständigen Stellen herausstellen. SenWissKult solle die Federführung für die inhaltlichen Anregungen zu diesem Ort übernehmen.

**Frau Vors. Ströver** fragt, wie das Museum am Checkpoint Charlie einbezogen werde und was aktuell mit dem Kontrollhäuschen geschehen solle.

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) antwortet, das Museum am Checkpoint Charlie solle mit einbezogen werden. Zur aktuellen genehmigungsrechtlichen Situation könne er gegenwärtig keine Antwort geben. Der Widerstand des Museums am Checkpoint Charlie gegen die touristischen Nutzungen am Wachhäuschen sei nachvollziehbar, aber der Zustand könne keinen Bestand haben. Die Nutzungsvorgaben müssten jedoch zunächst erarbeitet werden.

**Herr Klemke** (SenWissKult) erläutert, am vergangenen Tag habe eine Diskussion zwischen Frau Hildebrandt und den Schauspielern stattgefunden. Das Angebot von Frau Hildebrandt habe gelautet, die Schauspieler im Rahmen einer Theaterproduktion des Hauses am Checkpoint Charlie zu beschäftigen. Dieses Angebot sei von den Schauspielern mit der Begründung abgelehnt worden, dass sie am Ort präsent bleiben wollten. – Am Vortag habe der amerikanische Kulturattaché sich im Haus am Checkpoint Charlie über das Tragen von alliierten Uniformen informiert. Die Botschaft werde diesen Straftatbestand aufgreifen. – Die Darbietungen der Schauspieler seien grundsätzlich nicht genehmigungsfähig, weil sie sich auf dem Straßenland abspielten und daher keine Genehmigungsgrundlage hätten. Da Haus am Checkpoint Charlie habe zugesagt, die Verhüllung sofort zu beenden, wenn der Grund dafür beseitigt sei.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

### **Punkt 2 der Tagesordnung**

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs [0193](#)  
**Öffentliche Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte  
in der Hauptstadt Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)  
Schwerpunkte:
1. Stiftung Topographie des Terrors
  2. Ehemaliges Zwangsarbeiterlager Niederschöneweide
  3. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
  4. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e. V.
- b) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0195](#)  
**Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit für die Stiftung  
Topographie des Terrors**  
- Drs 15/2694 -  
(Besprechung auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs [0202](#)  
**Welche bauliche Gestaltung soll die Topographie des Terrors  
erhalten, welche ist finanzierbar, welche ist auf kürzere Sicht umsetzbar?**  
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

- d) Antrag der Fraktion der Grünen  
**Aus dem Debakel „Topographie des Terrors“ Konsequenzen ziehen:  
Senatsbaudirektor ablösen – Dokumentations- und Besucherzentrum bauen!**  
– Drs 15/2897 –
  
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs [0205](#)  
**Auswertung des Besuchs am Ort des ehemaligen  
Zwangsarbeiterlagers Niederschöneweide**  
(auf Antrag aller Fraktionen)
  
- f) Mitteilung - zur Kenntnisnahme - [0184](#)  
**Erinnerung an die Geschichte – Gedenkstätte Hohenschönhausen**  
– Drs 15/2500 –  
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

**Frau Abg. Grütters** (CDU) spricht die 13 Gedenk- und Erinnerungsstätten in Berlin an. Aus dem gesamten Themenkreis seien für die heutige Sitzung 4 Schwerpunkte herausgegriffen worden, weil sie aktuelle Bezüge hätten. Die übrigen Stätten sollten im Herbst 2004 einmal behandelt werden.

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) erinnert daran, dass der rot-rote Senat in seiner Koalitionsvereinbarung einen Abschnitt unter dem Thema gefasst habe, die Geschichtskultur in Berlin zu stärken. Die besondere Aufgabe der Senatsverwaltung sehe er darin, die Zusammenhänge zu stärken. In Kooperation mit SenStadt und SenBildJugSport solle das Potential an zeitgeschichtlicher Vermittlungsarbeit entwickelt werden. Die Gedenkstätten müssten arbeitsfähig gehalten werden, die hinzukommenden Orte müssten entwickelt und Bildungsarbeit müsse durch Kooperation der Ressorts gestärkt werden.

Es sei mit SenBildJugSport zusammen gelungen, zwei weitere Gedenkstättenlehrerstellen einzurichten, hier für die Gedenkstätte Hohenschönhausen. Mit dem Bund sei eine Kofinanzierung erreicht worden. Auch die Ansprache pensionierter Fachlehrer solle dazu führen, dass die Gedenkstättenarbeit weiter ausgebaut werde. Auch die Zusammenarbeit von Lehrern und Gedenkstätten unter der Regie des LISUM solle dazu führen, dass verstärkt Unterrichtsmaterialien für die Gedenkstätten erstellt würden. Für die Gedenkstätte in Hohenschönhausen liege solches Material bereits im Druck und im Internet vor.

SenWissKult habe vor einiger Zeit einen runden Tisch Zeitgeschichte etabliert, um einen regelmäßigen Fachaustausch zwischen den Instituten für zeitgeschichtliche Forschung und Lehre in der Region und den Gedenkstätten einzurichten. Das Ziel laute, die historische Forschung und Lehre mit der museums- und gedenkstättenpädagogischen Arbeit und den Anregungen für die Forschung und Lehre aus der Gedenkstättenarbeit zu verknüpfen. Dieser runde Tisch Zeitgeschichte werde dazu führen, dass durch SenWissKult eine Koordinationsstelle geschaffen werde, die am Institut für Zeitgeschichte in Potsdam angesiedelt werden solle. Hierfür sei bereits ein abgestimmter Auftrag vorhanden.

Die Gedenkstätten untereinander hätten ihre Zusammenarbeit stark entwickelt. Vor kurzem habe in der Gedenkstätte Hohenschönhausen erstmals ein Forum für zeitgeschichtliche Bildung stattgefunden, das sowohl von den Gedenkstätten der Region getragen, aber auch von SenBildJugSport unterstützt worden sei und in besonderer Weise dazu führen solle, gedenkstättenpädagogische Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen und Probleme und Modelle der Vermittlung historischer Bildung zu thematisieren sowie Erfahrungen auszutauschen. Solche Themen wie historisches Lernen mit Gedenkorten, historisches Lernen mit Medien und Gedenkstätten und Schulen im Kontext unterschiedlicher kultureller Erfahrungen, auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ost-West-Erfahrungen und unterschiedlicher multikultureller Erfahrungen seien angesprochen worden. Dieses erste Forum am 1. Mai sei von allen Beteiligten als hilfreich und erfolgreich betrachtet worden. Für das nächste Forum sei als Themenschwerpunkt die Zusammenarbeit der Gedenkstätten und zeitgeschichtlichen Museen mit den Trägern außerschulischer Bildung vorgesehen.

Seit Jahren bestehe die immer wieder vertiefte Zusammenarbeit der Berliner und Brandenburger Gedenkstätten und hierzu ein entsprechender Arbeitskreis, der dem Fachaustausch diene.

Die Kooperation zwischen der Landeszentrale für politische Bildung, dem LISUM, der Bundeszentrale für politische Bildung, der Stiftung Aufarbeitung und den Gedenkstätten sei in den letzten Jahren systematisch vertieft worden. Mit großer öffentlicher Wahrnehmung aus Anlass von Jahrestagen sei die Zusammenarbeit entwickelt worden, die entsprechenden ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Initiativen und Opferverbände seien einbezogen worden, zum Anlass des 17. Juni, des bevorstehenden 15. Jahrestages des Mauerfalls oder des 60. Jahrestages des Kriegsendes. SenWissKult bemühe sich jeweils um administrative Vernetzung und Bündelung der öffentlichen Mittel, um zu einer öffentlichen Auseinandersetzung anzuregen.

Nach dem Beschluss des Abgeordnetenhauses, beim Bund eine veränderte Gedenkstättenfinanzierung anzuregen, habe er sich an die Staatsministerin gewandt und das Anliegen schriftlich und mündlich vorgetragen. Der Bund sei derzeit dabei, seine Gedenkstättenkonzeption zu überarbeiten. Ein Teil dieses verstärkten Engagements sei in der Auseinandersetzung um das Bauprojekt Topographie des Terrors bereits zu spüren gewesen. Er erwarte, dass der Bund seine Anstrengungen insbesondere bei den Bauvorhaben der verschiedenen Gedenkstätten, aber auch der themenbezogenen Koordination der Gedenkstätten verstärke, insbesondere auch bei den Gedenkstätten zur Auseinandersetzung mit SBZ und DDR, wo eine stärkere Bündelung sinnvoll und möglich wäre. Er erwarte, dass der Bund, der noch daran arbeite, dies zeitnah mit Berlin abstimme. Er habe nicht erkennen können, dass sich der Bund der Initiative des Abgeordnetenhauses, Bund und Länder stärker an der Gedenkstättenarbeit zu beteiligen, nähern wolle. Es sei aber klar, dass Berlin mit der Finanzierung der Gedenkstättenarbeit bis zu 50 % durch den Bund eine relativ gute Position habe.

### 1. Schwerpunkt Stiftung Topographie des Terrors

**Frau Vors. Ströver** spricht zu TOP 2 b) und d) an, bereits in der Sitzung im Januar 2004 sei gefragt worden, ob ein Ende der Stiftungsbaumaßnahme nicht besser sei als eine ewige Weiterführung, wenn nicht bekannt sei, ob der Zumthor-Bau arbeitsfähig sei. Der Abbruch des Bauvorhabens sei nun von der Form her sehr unschön verlaufen. Das Verhalten des Landes Berlin seitens SenStadt in dieser Sache sei kein gutes Signal gewesen. Die 15 Millionen € verbauter Mittel könnten nicht als „Kollateralschaden“ betrachtet werden. Für 10 Millionen € Finanzierung für das Tempodrom sei ein Untersuchungsausschuss eingerichtet worden; bei 15 Millionen € sinnlos ausgegebener Mittel für die Topographie des Terrors dürfe man nun nicht zur Tagesordnung übergehen. Der Antrag der Grünen habe einen Verantwortlichen benannt; der zweite sei bereits nicht mehr in politischer Verantwortung. Bauherr sei das Land Berlin gewesen, und StS Dr. Stimmann hätte viel früher erkennen müssen, dass der Zumthor-Bau nicht realisierbar sei. Hier seien öffentliche Mittel für die Selbstverwirklichungsprozesse eines Architekten und eines Senatsbaudirektors verschleudert worden.

Für das Zentrum des administrativen Terrors des NS-Systems müsse nun ein Bau errichtet werden. Mit der Überdachung der Keller sei die Aufgabe der Topographie des Terrors zur Dokumentation und Forschung zu den Tätern nicht erledigt. Ein Ort sei vonnöten, der die Informationen über die Täter biete. Der Vorschlag eines Kolloquiums sei zu begrüßen. Ein neuer Wettbewerb könne nur dann erfolgreich sein, wenn von Anfang an eine realistische Kostenschätzung vorhanden sei. Es sei nötig, die Stiftungsarbeit wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.

**Frau Abg. Meister** (FDP) stellt zu TOP 2 c) die Frage, wie mit den verbleibenden Mitteln von 23 Millionen € umgegangen werden solle, um den Gedenkort würdig und ansprechend auszustatten und die bauliche Realisierung in einer möglichst kurzen Zeit zu erreichen. Es sei auch zu fragen, ob Entschädigungskosten für Zumthor oder Abrisskosten anfielen.

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) erinnert an den Entscheidungsprozess, der zum Ausstieg aus dem Zumthor-Projekt geführt habe. Am 24. 5. 04 habe eine Runde der Baufachleute im Vorfeld der tags darauf getroffenen Entscheidung stattgefunden. Die Runde habe sowohl das Architektenbüro als auch SenStadt, das Bundesministerium für Bauen, die Bundesbaudirektion sowie das BMF umfasst. Eine abschließende Debatte zur Kostensicherheit habe stattgefunden. Anders als Herr Zumthor öffentlich dargestellt habe, habe er Gelegenheit bekommen, an der Sitzung teilzunehmen, und habe seinen Vertreter geschickt. Die technische Baubarkeit des Entwurfs sei bei der Sitzung bestätigt worden, doch sei deutlich geworden, dass die angesetzten Pla-

nungskosten eine tendenzielle Unterdeckung beinhalteten. Die Preise wären erst nach harten Verhandlungen mit den einzelnen Gewerken erreichbar gewesen. Nach dem damaligen Stand hätten die Planungskosten keine finanziellen Sicherheitsreserven mehr erlaubt. Das mit 1,2 Millionen € eingeplante Kapitel für Unvorhergesehenes sei insofern bereits schon durch die gegenüber den ursprünglichen Zumthor-Angaben angestiegenen Stahlpreise aufgebraucht gewesen. SenStadt und das Bundesbauministerium hätten übereinstimmend ein Mindestrisiko von 3 Millionen € zuzüglich der erst noch einzuklagenden Bürgschaftssumme von 2 Millionen € ermittelt. Diese Ergebnisse seien am 25. 5. 04 bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien mit den Senatsvertretern von SenStadt und SenWissKult diskutiert worden. Zur Abdeckung absehbarer Risiken hätte die Bausumme mindestens um 3 Millionen € aufgestockt werden müssen. Die zuletzt um 50 % abgesenkten baulichen Ausstattungsmittel sowie die fehlenden Erstausstattungsmittel hätten anderweitig bzw. zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Mit diversen Umplanungen habe man sich so weit vom eigentlichen Projektziel entfernt, dass der Bau an vielen Stellen nicht mehr ausreichend den Nutzeranforderungen gerecht würde. So sei von den Ausstellungsmachern immer wieder das Streifenlicht in der Ausstellungshalle kritisiert worden, ebenso die 14 Grad/C Maximaltemperatur im Winter, die Überformung der Ausstellungsgestaltung durch das Gebäude und ähnliches. Das Bundesbauministerium habe festgestellt, dass der Bau in Bundesregie so nicht errichtet werden dürfte, weil er gegen die Umweltverträglichkeitsvorschriften verstoße. Er verstoße im Übrigen vom Konzept her auch gegen die Berliner Bauvorschriften. Der hohe Technikeinsatz und die sehr hohen Betriebskosten führten dazu, dass im Betrieb erhebliche Probleme aufträten. Diese Feststellungen seien anlässlich des Treffens einvernehmlich zwischen den Bauverwaltungen getroffen worden.

Ein Ausstieg bei Verlust der schon getätigten Ausgaben von bis zu 15 Millionen € sei möglich. Mit Herrn Zumthor werde verhandelt werden müssen, aber auch hier werde eine Trennung für möglich angesehen. Nach alledem verblieben noch ca. 24. Millionen € der ursprünglichen Baumittel. Bei Vergleich der Quadratmetersätze des ursprünglichen Zumthor-Projekts z. B. mit denen des Jüdischen Museums zeige sich, dass mit den verbleibenden 24 Millionen € immer noch der Quadratmeterpreis des Jüdischen Museums baubar sei. Der Preis des Zumthor-Projekts habe insofern das Doppelte des Quadratmeterpreises des Jüdischen Museums in Anspruch genommen. In Abwägung aller Argumente sei gemeinsam von Bund und Land das Aus für die Zumthor-Planung erklärt worden.

Als Vorsitzendem des Stiftungsrates sei ihm wichtig, dass dieser Ausstieg unmittelbar mit deutlichen Erklärungen der Staatsministerin für Kultur und des Landes Berlin verbunden gewesen sei, dass die Topographie des Terrors das Dokumentations- und Informationszentrum brauche. Alle Debatten über „kein Zumthor II“ müssten daher als Reformulierung der Aufgabe verstanden werden. Das Scheitern des Bauprojekts habe auch eine Veränderung der Nutzungsvorstellungen des Geländes mit sich gebracht. Das angesetzte Symposium am 9. 7. 04 solle die erste Verständigung liefern, nämlich eine Auseinandersetzung mit den praktischen Erfahrungen auf dem Gelände, ein Aktualisieren des Bedarfsprogramms für einen Neubau, Austausch über Erfahrungen des Bauens für Gedenkstätten an anderen Orten und somit eine Vorarbeit für die Neuformulierung des Wettbewerbs für das neue Verfahren.

Die Stiftung sei der Auffassung, dass sie bei einem Neubau eine gänzlich andere Stellung als bisher haben müsse. Die Stiftung sei bisher tatsächlich nicht maßgeblich und umfassend in den Bauprozess verantwortlich eingebunden gewesen. Zurzeit liefen Abstimmungen zwischen Stiftung und Bund, um die sinnvollste Variante zu finden. Der Bund wolle die Verantwortung für das Bauen übernehmen, was auch der Wunsch der Berliner Seite gewesen sei. Nun werde nach geeigneten Formen gesucht, um sicherzustellen, dass die Stiftung umfassend und maßgeblich am Bauprojekt beteiligt sei. Sie müsse Bauherrin und nicht nur Endabnehmerin eines Projekts sein, das andere durchführten. Aus haushalts- und verwaltungsrechtlichen Gründen erscheine es als sinnvoll, dass der Bund die Verantwortung übernehme. Die Stiftung werde dann aber sehr genau durch eine Verwaltungsvereinbarung und eine baubegleitende Kompetenz, die für die Stiftung geschaffen werden müsse, erreichen, dass die Mitwirkungsrechte und -pflichten wahrgenommen würden, so dass die Stiftung den Bau in anderer Weise als bisher als ihren Bau steuern und mit projektieren könne. In einer internen Auswertungsrunde sollten die Ergebnisse des Symposiums gebündelt und mit den Baufachleuten abgestimmt werden, damit das Wettbewerbsverfahren gestartet werden könne.

Die Stiftung sei nicht der Auffassung, dass nun schnell ein Gebäude hingestellt und einfach der Zweitplatzierte genommen werden solle. Dies sei gegenüber dem damaligen Wettbewerb falsch, weil die inneren Wi-

dersprüche des damaligen Wettbewerbs so nicht behoben würden und weil der Lerneffekt nach 10 Jahren so nicht aufgenommen würde. Es werde jedoch daran gedacht, die am ersten Wettbewerb Beteiligten möglicherweise einzuladen. Schon die Frage, wo das Gebäude stehen solle, müsse noch einmal erörtert werde. Teil der Zumthor-Planung und zum Teil auch des Scheiterns der Zumthor-Planung sei es gewesen, die Spur der nicht angerührten Bauschutthalden als Zeugnis des achtlosen Umgangs mit dem Gelände in das Gebäude einzufügen. Die Halden seien jedoch versetzt worden, um das Gebäude zu errichten, und man könne auch fragen, ob dies Teil der Neukonzeption bleiben müsse. Ähnlich seien Überlegungen zum Stehenlassen der Treppentürme zu bewerten. Viele Zeitschichten seien auf dem Gelände abgelagert, aber ob gerade das Scheitern des Zumthor-Projekts solche dominante Signatur erhalten solle, sei doch fraglich. Alle diese Fragen seien auf dem Symposium zu erörtern.

Bei einer realistischen Terminplanung sei zu erwarten, dass dann, wenn die Vorarbeiten unverzüglich beginnen, noch im Jahr 2006 ein Baubeginn stattfinden werde; etwa zum Jahr 2008 solle das Gebäude zur Verfügung stehen. Dies eröffne die Frage, welche baulichen und räumlichen Voraussetzungen die Stiftung bis dahin benötige. Der Stiftungsvorstand sei beauftragt worden, Vorschläge zu unterbreiten, auf welche Weise durch die Ertüchtigung von Ausstellungsbedingungen auf dem Gelände die Gedenkstättenarbeit bis 2008 sichergestellt werden könne. Man müsse sich mit einfachen Mitteln behelfen, aber eine Präsenz der Stiftung auf dem Gelände sei notwendig. Allen Neigungen, sich mit dem Umzug der Stiftung in die Stresemannstraße zu begnügen, erteile er eine Abfuhr.

**Frau StS Dunger-Löper** (SenStadt) erinnert an die vielfältige Geschichte des Geländes. Viele berühmte Namen aus der Stadt und von außerhalb seien mit den Wettbewerbsverfahren verbunden, und die Verantwortung für das Scheitern des Projekts könne nicht auf eine einzelne Person geschoben werden. Alle Beteiligten in Bund, Land und Stiftung hätten sich darauf verständigt, einen Neuanfang zu machen, weil auch nach den vielen Jahren noch keine Kostensicherheit erreichbar gewesen sei. Das Risiko habe immer noch über 15 % der Kosten gelegen. Im weiteren Verfahren sei eine engere Kooperation mit der Stiftung beabsichtigt. Der Bund werde sich in stärkerem Maße einbinden lassen. Wer welche Rolle einnehme, dies müsse der Diskussion zwischen den Beteiligten überlassen bleiben. SenStadt präferiere, die Treppenhaustürme abzureißen, das Gelände aufzufüllen und das Grundstück dann im Herbst so der Stiftung zu übergeben. Herr Zumthor sei in die Verhandlungen eingebunden gewesen. Er sei nach der Entscheidung als erster informiert worden. Anders lautende Behauptungen weise sie zurück.

**Frau Abg. Grütters** (CDU) betont, die Unzufriedenheit mit der Amtsführung von StS Dr. Stimmann in Berlin habe gute Gründe. Er habe die Entwürfe von Zumthor sehr gut gekannt und sie immer vehement vertreten. Ihr Fraktion habe schon frühzeitig vor den Kostenproblemen gewarnt. Aus Zeit- und Kostengründen solle der Entwurf des damals zweitplatzierten Ivan Reimann eine besondere Würdigung erfahren, da er durch die hochrangige Jury nur mit einer Stimme Unterschied auf Platz 2 gesetzt worden sei. Sein Gebäude sei eine dienende und keine prädominante Architektur und greife die Topographie des Ortes auf. Die Familiengeschichte Reimanns passe zudem in diesen Kontext. Ihre Fraktion wolle sich für den Entwurf einsetzen. Sicherlich müsse nun daran nachgearbeitet werden. Der Bau wäre nach ihrer Auffassung inklusive einer Nacharbeitung in dem gegebenen Kostenrahmen baubar. Die lange Zeit einer Neuausschreibung könnte auf diese Weise eingespart werden, was dem Ansehen Berlins und der Gedenkstätte gut täte.

**Frau Abg. Dr. Fugmann-Heesing** (SPD) bezeichnet es als richtig, das Bauprojekt abzubrechen. Zu einem früheren Zeitpunkt hätte man dies tun können und sollen, aber Senat und Abgeordnetenhaus hätte sich hier keinen Ruhm verdient. Auch im Abgeordnetenhaus seien seit Jahren nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen worden. Im Jahr 2000 habe Sen Strieder im Kulturausschuss vorgetragen, dass angesichts der sich abzeichnenden Kostenüberschreitungen nicht auszuschließen sei, dass dort etwas anderes gebaut werden müsse, um noch in der Nähe des Kostenrahmens bleiben zu können. Frau Abg. Ströver habe daraufhin im Ausschuss geäußert, sie habe die Sorge, dass wegen Fehlern aus der Vergangenheit ein signifikantes kulturpolitisches Projekt beerdigt werde, was international ein verheerendes Zeichen wäre. Das Parlament habe nicht den Mut gehabt, zu einer Zeit, als erhebliche Kostenüberschreitungen aufgetreten seien, eine offene und ehrliche Debatte zu führen und zu den notwendigen Konsequenzen zu gelangen.

Die Entscheidung für den Zumthor-Bau sei wesentlich unter architektonischen Gesichtspunkten gefallen. Die Einbeziehung der Nutzer sei allerdings zentral und sei von ihr selbst auch in der Anhörung im Kulturausschuss im Januar 2004 thematisiert worden. Die Nutzungsbedürfnisse müssten zukünftig stärker berücksichtigt werden. In der Anhörung im April 2004 sei die Situation des Bauvorhabens deutlich geworden. Noch zu diesem Zeitpunkt hätten die Grünen stolz darauf hingewiesen, dass sie 1996 das Bauschild verhängt hätten, als der Senat wegen fehlender Kostenplanungen einen Baustopp erlassen habe. Die Grünen hätten mit den Medien bundesweit gegen diese Senatsentscheidung protestiert, und der Druck sei so groß geworden, dass trotz des Wissens, dass die Kosten nicht durchgeplant worden seien, das Projekt wieder in die Investitionsplanung aufgenommen worden sei.

Die Begründung des Antrags der Grünen sei nicht nachvollziehbar. Viele inhaltliche Punkte hätten sich erledigt: Ein Symposium sei angesetzt, ein neuer Wettbewerb sei beabsichtigt, und es müsse auch nicht beschlossen werden, dass ein Dokumentations- und Besucherzentrum gebaut werden müsse, denn dies sei völlig klar. Die Stiftung müsse als Nutzer besser einbezogen werden, aber dazu müssten keine Beschlüsse gefasst werden. Der Antrag richte sich jedoch im Wesentlichen auf den Senatsbaudirektor. Ihm werde der Vorwurf gemacht, die bau- und finanztechnischen Probleme klein reden zu wollen. Wenn gefragt werde, warum keine frühere Entscheidung zum Abbruch getroffen worden sei, könne nicht nur auf den Senat verwiesen werden, sondern das Abgeordnetenhaus und insbesondere der Kulturausschuss müssten sich auch selbst in der Verantwortung sehen, da dieser die Forderung nach einem Abbruch nicht erhoben habe, obwohl er die Kostensituation gekannt habe. Die Grünen hätten sich unter Vernachlässigung der Kostenprobleme für die Realisierung des Projekts eingesetzt. Ihre Fraktion lehne den Antrag der Grünen ab, aber in der Sache müsse Tempo gemacht werden, und es müsse wieder positiv über die Topographie des Terrors gesprochen werden.

**Abg. Brauer** (PDS) hält den Ausstieg aus dem bisherigen Projekt für einen längst überfälligen und richtigen Schritt. Die Aufgabenstellung laute nun: Errichtung eines Dokumentations- und Begegnungszentrums für die Stiftung Topographie des Terrors am originären Ort. Dem Antrag der Grünen könne er nicht folgen, da er sich vor allem der Auseinandersetzung mit einem Staatssekretär und nicht dem Bauvorhaben widme. Hierfür sei ein Antrag nicht angemessen. Die Reformulierung der Aufgaben eines Gebäudes sei notwendig. Seine Fraktion unterstütze das Symposium. Alle Beteiligten, insbesondere die Stiftung, seien einzubeziehen. Ein neues Ausschreibungsverfahren sei notwendig, für das sich die Konditionen herausstellen müssten. Der bisherige Kostenrahmen sei beizubehalten. Der Bau solle den Nutzungsbedürfnissen der Stiftung entsprechen. Spätestens 2008 sollten die Türen für Besucher geöffnet werden.

**Abg. Cramer** (Grüne) weist den von der SPD-Fraktion erweckten Eindruck zurück, die Grünen seien verantwortlich für das Bauvorhaben. Bei 15 Millionen € Verlust helfe es nicht, nur nach vorn zu sehen und nicht nach der Verantwortung zu suchen. Spitzenbeamte des Landes müssten auch zu ihrer Verantwortung stehen und zur Rechenschaft gezogen werden. Viele Bauprojekte in Berlin seien begonnen worden, ohne dass die Finanzierung gestimmt habe. Der Ausgang des Bauprojekts sei ein international verheerendes Zeichen, da zum ersten Mal in Berlin wegen unkalkulierter Kosten ein Baustopp vollzogen worden sei. Alle anderen Projekte seien trotz Problemen durchgeführt worden. Hier nun werde mit spitzem Bleistift gerechnet. Personelle Konsequenzen seien zu ziehen, wie der Antrag verlange. Die Nutzer seien besser einzubeziehen. Dass die übrigen Konsequenzen des Antrags aufgegriffen worden seien, sei zu begrüßen. In einem offenen Verfahren sollte neue Lösungen erwogen werden. Umstandslos den 2. Preisträger einzusetzen, sei hingegen nicht angemessen. Er bitte, Detailschritte für die Terminplanung zu nennen. Seien Folgekosten durch Herrn Zumthor absehbar?

**Frau Abg. Meister** (FDP) befürwortet den Ausstieg und eine Neuausschreibung. Die Kostensteigerungen seien nicht zum ersten Mal in Berlin aufgetreten. Zumal der Kulturhaushalt werde durch solche Projekte belastet. StS Dr. Stimmann habe bei seiner letzten Anhörung im Kulturausschuss erklärt, bei Abbruch des Projekts müsse noch einmal so viel Zeit aufgewandt werden, wie bisher bereits verstrichen sei. Er habe nicht darauf hingewiesen, dass die vorhandenen Mittel auf keinen Fall reichten und dass der bisherige Weg alternativlos sei, obwohl von den Abgeordneten kritisch nachgefragt worden sei. Die Abgeordneten hätten insofern keine ausreichenden Antworten erhalten, um auf einen Abbruch des Projekts drängen zu können. Aus den Fehlern der Vergangenheit müsse für künftige Projekte gelernt werden, und daher müsse die Vergangen-

heit auch aufgearbeitet werden. Die Topographie des Terrors müsse Bauherr sein, aber wesentlich sei zur Kontrolle des Kostenrahmens auch ein Baucontrolling.

**Abg. Dr. Jungnickel** (fraktionslos) befürwortet die von Sen Dr. Flierl dargestellten Handlungsschritte für die Zukunft. Der Streit der Fraktionen über die Vergangenheit solle nicht im Mittelpunkt stehen. Eine überbordende Architektur, aber auch ein Minimalismus der Architektur sollten vermieden werden, um die Topographie des Terrors nicht zum Verschwinden zu bringen. Nicht die topographischen Reste sollten lediglich im Mittelpunkt stehen, sondern die Interpretation des Gesamtgeschehens müsse ermöglicht werden. Vor der Bauherrenfrage sollten diese Inhalte geklärt werden.

**Abg. Dr. Stölzl** (CDU) nimmt Stellung, es habe sich nicht bewährt, dass die Kulturnutzer nicht genügend berücksichtigt würden. Die angebliche größere Kompetenz der Baubehörden habe sich in vielen Fällen gerade nicht gezeigt. Die Nutzer könnten sehr wohl kostengenau bauen, wie z. B. beim Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg. Er plädiere nachdrücklich dafür, die Topographie des Terrors selbst bauen zu lassen. Das Verhältnis von Architekt und Nutzer sei stets schwierig, weil sich Architektur auf der Grenze zwischen sozialer Funktion und Kunst bewege. Wenn aber der Architekt nicht greifbar sei, werde der Prozess allzu schwierig. Es sei gut, dass dieses Projekt ein Ende habe.

Es sei in Wettbewerben ein normales Verfahren, dass nicht der erste Preis gebaut werde, sondern der zweite oder dritte, wenn er besser zu bauen sei. Außerdem werde niemals das gebaut, was im Wettbewerb präsentiert werde. Trotzdem sei die lange Vorlaufzeit nicht verloren, und es sei zu überlegen, ob das zeitaufwändige Verfahren wieder begonnen werden solle, wenn namhafte Gewinner vorhanden seien. Er befürworte, auf Grundlage des damals erreichten Konsenses die Arbeit des zweiten Gewinners noch einmal durchzuarbeiten. Die Dringlichkeit dieses Baus sei besonders hoch, da die Akzeptanz für Kulturbauten schwinde. Er bitte zu prüfen, ob die Beauftragung des zweiten Preisträgers zu empfehlen wäre.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus mehrheitlich die Ablehnung des Antrags zu 2 d). Dringlichkeit wird beschlossen.

## 2. Schwerpunkt: Ehemaliges Zwangsarbeiterlager Niederschöneweide

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) stellt dar, er habe den gemeinsamen Besuch mit dem Ausschuss beim Zwangsarbeiterlager als wichtig empfunden, weil sich nach dem Besuch die Vorstellungen von SenWissKult noch präzisiert hätten. Die Vorschläge von SenWissKult lauteten: Zwei Baracken seien als Gedenkstätte mit den üblichen Infrastruktureinrichtungen wie Dauerausstellungen, Seminar-, Bibliotheks- und Archivräume herzurichten. Eine weitere Baracke solle Raum und Infrastruktur für Übernachtungen im Sinne einer Workcamps geben. Eine intensive Gedenkstättenarbeit vor allem mit Jugendlichen solle erreicht werden, die Arbeit am Ort bzw. an anderen Gedenkstätten der Region leisten könnten. Die übrigen Baracken sollten in ihrem Bestand als Gegenstand weiterer Vor-Ort-Arbeit gesichert werden und zunächst als Denkmal dienen. Im Rahmen einer schrittweisen Entwicklung sei die Nutzung auf dem Gelände zu entwickeln, so dass Nutzungsideen, die beim Rundgang erörtert worden seien, eingebunden werden könnten, z. B. eine Restaurierungswerkstatt oder ähnliches. So solle das vorhandene und noch erkennbare Zwangsarbeiterlager erhalten bleiben, die verschiedenen Überformungen seien lesbar zu machen, und mit der Unteren Landesdenkmalbehörde sei eine Abstimmung zu erreichen, wie mit den weiteren Arealen des Geländes denkmal- und gedenkstätten-gerecht umgegangen werden solle, soweit dort noch Spuren gesichert werden könnten. Es erfordere möglicherweise die Mitarbeit von SenStadt, um Ensembleschutz oder ähnliches zu erreichen.

Ein in sich schlüssiges Betreibungskonzept für das Teilgelände sei nötig. Unter dessen Voraussetzung könne das Grundstück aus Mitteln von SenStadt erworben werden, in das Fachvermögen von SenWissKult überführt und mit SenStadt gemeinsam mit Strukturfondsmitteln durch das SPI hergerichtet werden. Beabsichtigt sei ein institutionelles Dach, eine Kooperation mit der Stiftung Topographie des Terrors. Der örtliche Förderverein solle über einen Arbeitsausschuss in die laufende Ausdifferenzierung des weiteren Nutzungskonzepts, in die Präzisierung des Ausbaukonzepts, einbezogen werden. Die verschiedenen lokalen Initiativen sollten im Beirat der zukünftigen Einrichtung vertreten sein. Mit dieser zunächst bescheidenen, aber auf die Kernnutzung konzentrierten Nutzungskonzeption sei der entscheidende Anfang gesetzt worden. Eine regelmäßige Aufwendung in Höhe der Betriebskosten von 365 T€ sei für die Gedenkstätte erforderlich, und er

werde sie im Haushalt von SenWissKult ab 2006 sicherstellen. Alles dies solle Gegenstand einer Senatsvorlage werden, damit SenStadt die vorhandenen, aber nur für öffentliche oder öffentlich gesicherte Nutzungen verfügbaren Mittel einsetzen könne. Er erwarte, dass mit den 360 T€ und der Kerninfrastruktur eine Projektarbeit beginnen könne, die mit der bei SenInn angesiedelten Projektgruppe für Zwangsarbeiterauskünfte kooperieren könne. Insbesondere mit den Zwangsarbeiterorganisationen, die europaweit bestünden und in Deutschland entsprechende Partner hätten, und vor allem mit der Stiftung Zwangsarbeit solle Projektarbeit betrieben werden. Im Jahr 2006 solle die Arbeitsaufnahme der Gedenkstätte ermöglicht werden. Damit könne ein wichtiges Projekt der Koalitionsvereinbarung umgesetzt werden. – Er bitte darum, den vom Abgeordnetenhaus bis Mitte Juni erwarteten Abschlussbericht wegen der angegebenen Prozedur bis zum 31. 10. 04 erstatten zu können. Inzwischen habe die Einberufung der Projektgruppe in Schöneweide stattgefunden. Hier sei ein hoher Konsens mit SenStadt festgestellt worden. Eine zügige Realisierung könne daher angegangen werden.

**Frau StS Dunger-Löper** (SenStadt) ergänzt, in der Projektgruppe sei eine Modifikation gegenüber dem den Abgeordneten auf dem Gelände vorgestellten Projekts vorgenommen worden. Nach Ankauf solle das Grundstück direkt in das Fachvermögen SenWissKult übergehen, und der weitere Betrieb solle in diesem Einzelplan sichergestellt werden. SenStadt sehe sich in der Lage, den Ankauf durchzuführen und zu finanzieren. Auch Mittel für eine bauliche Instandsetzung würden seitens SenStadt bereitgestellt. Die genaue Kalkulation – zuletzt seien 1,3 Millionen € genannt worden – könne gegenwärtig noch nicht genannt werden, weil es nun zu einer veränderten Nutzung kommen werde, wie Sen Dr. Flierl vorgetragen habe. 1 Million € sollten nur unwesentlich überschritten werden.

**Frau Vors. Ströver** fragt, welche Prozesse auf dem Gelände in Kooperation zwischen SPI, SenBildJugSport und SenWissKult stattfinden könnten.

**StS Härtel** (SenBildJugSport) antwortet, die bisher geplante Aufgabenstellung und Verantwortlichkeit des SPI sei gemäß der Darstellung von Sen Dr. Flierl nicht mehr aktuell. SenBildJugSport sei insofern weiterhin involviert, als die Verwaltung alles daran setze, für solche Gedenkstätten zu werben, sie in den Unterricht einzubeziehen und deutlich zu machen, dass sie im Schulalltag berücksichtigt werden sollten.

**Frau Abg. Harant** (SPD) betont, die authentischen Stätten in Berlin müssten noch besser in die Bildungsarbeit der Schulen einbezogen werden. – Sie begrüße die Ergebnisse der Bemühungen um das Gelände. Es habe sich gezeigt, dass der Ansatz des SPI so nicht umgesetzt werden könne. Sie hoffe, dass der neue Vorschlag relativ schnell, in den nächsten zwei Jahren, dazu führe, dass vor Ort gearbeitet werden könne. – Die Kosten seien noch nicht klar. Bisher sei angenommen worden, dass ein wesentlicher Teil der Bewirtschaftungskosten durch Mieteinnahmen hereinkämen. Wenn dies zunächst weg falle, müsse SenWissKult einspringen. 360 T€ seien sehr knapp bemessen. Wie beurteile der Senator die Chance auf eine Bundesbeteiligung auch bei den Kosten? Sei die Träger- und Betreiberschaft endgültig geklärt?

**Frau Abg. Dott** (PDS) bekundet ihre Zufriedenheit darüber, dass nach dem Besuch des Ortes durch den Ausschuss die Dinge endlich in Bewegung und einer Lösung nahe gekommen seien. Es sei richtig, dass alle vor Ort Beteiligten, auch der Bezirk, einbezogen würden. Die von der Koalition vorgelegte Erklärung (Text siehe Beschlussprotokoll) solle den Prozess unterstützen helfen.

**Frau Abg. Herrmann** (CDU) fragt, welche Gebäude zu dem Ensemble der Gedenkstätte gehören sollten. Sollten alle dort Ansässigen ggf. enteignet werden, um den Erwerb zu ermöglichen? Sei weiterhin ein Untermietvertrag mit dem Bezirk z. B. für eine Seniorentagesstätte beabsichtigt? Letzteres befürworte sie nicht. Eine Übernachtungsstätte für junge Menschen, die sich mit dem Ensemble beschäftigten, wäre positiv. Hier solle die Jugendverwaltung mit ins Boot genommen werden und sollte möglicherweise auch finanziell dazu beitragen, um die Baracken herzurichten. Der vorliegenden Erklärung stimme ihre Fraktion zu.

**Frau Abg. Meister** (FDP) stimmt der Erklärung ebenfalls zu. Eine Seniorenstätte auf dem Gelände wäre wohl nicht angebracht. Zunächst solle die Kernnutzung realisiert werden. Die Senatsschulverwaltung möge sich finanziell beteiligen.

**Frau Vors. Ströver** sieht die Senatsjugend- und Bildungsverwaltung ebenfalls in der Pflicht. – Es sei nicht glücklich, dass das SPI nun so „ausgebootet“ werde, obwohl es von Anfang an das Gelände mit erschlossen habe. Dennoch unterstütze sie den Vorschlag von SenWissKult. – Die Koordinierungsstelle für Zwangsarbeiterentschädigung bei SenInn solle nun aufgelöst werden. Was geschehe mit den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit den umfangreichen Archivbeständen? Sei es möglich, die Bestände mit dem Zwangsarbeiterlager zusammenzuführen? Auch die erstellte Datenbank solle an diesem Ort für weitere Forschungsprozesse nutzbar gemacht werden.

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) antwortet, Trägerschaft und Betreibung könnten auch auseinander fallen. Die Stiftung Topographie des Terrors übernehme dankenswerterweise die Trägerschaft. Im Rahmen der Projektentwicklung könne geprüft werden, ob eine Verselbstständigung unter dem Dach oder eine völlige Verselbstständigung möglich sei. Zunächst solle das Dach genutzt werden, weil eine Mitfinanzierung des Bundes erreicht werden solle. Der sehr knappe Finanzrahmen solle durch Bundesfinanzierung aufgestockt werden. Nach der geltenden Gedenkstättenkonzeption des Bundes könnten bei gesamtstaatlichen Angelegenheiten bis zu 50 % finanziert werden. Im günstigsten Fall könne derselbe Betrag noch einmal daraufgelegt werden. Das SPI solle zwar nicht mehr die Projektentwicklung, aber die bauliche, denkmalgerechte Herrichtung weiter betreuen.

Das Gelände im engeren Sinne sei das durch das Impfstoffinstitut bewahrte Gelände. Die anderen Nutzungen sollten nicht vertrieben werden. Aber es sei zu überlegen, ob unter planungs-, bau- und denkmalrechtlichen Aspekten bestimmte Spuren erkennbar gehalten oder für die Renovierung an anderer Stelle genutzt werden sollten, z. B. originale Fassaden oder Fenster. Dies dürfe nicht verfallen, sondern müsse im besten Fall geborgen werden und an anderer Stelle als authentischer Beleg dienen.

Es sei eine Kernnutzung beabsichtigt und eine konsequente, konzeptionell begründete Ausweitung der Nutzung und keine additive Vermischung vonnöten. Daher sei vom Bezirk der Plan, die Seniorenfreizeitstätte zu verlagern, aufgegeben worden. Er hoffe auf Mitwirkung des Bezirks, der dem Anliegen vielfältige Unterstützung habe zuteil werden lassen, z. B. in einer Art Patenschaft des Natur- und Grünflächenamtes für das Freigelände, und sei es, dass Jugendliche in einem Workcamp im Umgang mit den Grünflächen angeleitet würden.

Natürlich seien Wünsche an SenBildJugSport vorhanden, aber er sei schon dankbar, wenn eine gut funktionierende Kooperation erreicht werde, so dass Unterrichtsmaterialien für eine Gedenkstätte erstellt würden oder die Abhaltung von Unterricht an der Gedenkstätte ermöglicht werde. SenWissKult mache nicht wenig Kinder- und Jugendarbeit ohne die SenBildJugSport, z. B. lange Nächte des Märchens oder der Literatur für Kinder und Jugendliche.

Die Informationen aus der Zwangsarbeiterauskunftsstelle würden im Landesarchiv gespeichert und gesichert und auf diesem Weg für die Gedenkstätten genutzt. Das Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter solle möglichst genutzt werden, möglicherweise in der Weiterführung der Gedenkstätte, insbesondere da Personen dabei seien, die langjährige Gedenkstätten- und Geschichtsarbeit repräsentierten. Die Aufarbeitung der Archivmaterialien sei in den genannten 360 T€ nicht enthalten, sondern sie erfordere Mittel für Erstaussstattungen. Er hoffe, dass die Bundesstiftung ihrem Errichtungszweck gemäß Projektmittel bereitstelle. Die Förderungswürdigkeit werde sicherlich erreicht werden.

**Frau StS Dunger-Löper** (SenStadt) ergänzt, es treffe nicht zu, dass das SPI nicht mehr mitwirke. Es sei insgesamt in diesem Bereich für die Stadtentwicklung tätig und werde auch in dem Projekt weiterhin tätig sein. Der durch das SPI akquirierte Verein Restaurierungszentrum solle dort untergebracht werden, und das SPI werde, da am 21. 6. 04 eine weitere Sitzung des Lenkungsgremiums erfolge, dafür einen überarbeiteten Kosten- und Maßnahmenkatalog erstellen.

**StS Härtel** (SenBildJugSport) antwortet zur Frage nach der Übernachtungsstätte, der Haushalt von SenBildJugSport biete keine Möglichkeit für eine Unterstützung, die Mittel seien dort nicht etatisiert. Für andere Unterstützungsmöglichkeit sei die Verwaltung offen, auch für die Suche nach anderen, die so etwas in ihrer Verantwortung mit betreiben könnten. – Die enge Zusammenarbeit mit SenWissKult werde weiterhin betrie-

ben. Zu Hohenschönhausen etwa seien umfangreiche Unterrichtsmaterialien erstellt und zwei halbe Lehrerstellen zur Verfügung gestellt worden, um die Arbeit dort kontinuierlich unterstützen zu können und zu erreichen, dass mehr Schulklassen derartige Angebote wahrnehmen. Das LISUM werde auch auf solche Angebote von Gedenkstätten hinweisen. Auch für das Zwangsarbeiterlager würden unterstützend Materialien für die Berliner Schule erstellt. Auch im Zusammenhang mit dem Forum zeitgeschichtliche Bildung am 10. 5. 04 habe SenBildJugSport deutlich gemacht, dass die Gedenkstättenarbeit in Berlin mit den beteiligten Verwaltungen sehr viel stärker vernetzt werden solle, damit die Angebote verlässlich und nachhaltig für Schulen und Jugendbildungseinrichtungen in Anspruch genommen werden könnten. Auch die vertiefte Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg sei auf gutem Weg.

Der **Ausschuss** beschließt einvernehmlich, die von der Koalition vorgelegte Erklärung mit einem Schreiben an den Senat zu richten. – Er bitte, in der angekündigten Mitteilung – zur Kenntnisnahme – die angesprochenen Fragen mit zu beantworten.

### **3. Schwerpunkt: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen**

**Frau Abg. Lange** (SPD) möchte wissen, ob der Zuschuss an die Gedenkstätte auch bei steigenden Besucherzahlen ausreiche. Sie bitte um Erläuterungen über die Einrichtung des planungsbegleitenden Bauausschusses für notwendige Umbauarbeiten unter Federführung von SenStadt.

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) hält fest, die Gedenkstätte Hohenschönhausen habe Bauunterhaltungsmittel in Höhe von 15 Millionen € erhalten. Dies zeige, dass sich in den Überlegungen für die bauliche Herrichtung der Gedenkstätte in den letzten Jahren Veränderungen eingestellt hätten, dass also über die Herstellung der einfachen Nutzbarkeit hinaus immer mehr substanzerhaltende Maßnahmen nötig geworden seien. Insbesondere die extrem steigenden Besucherzahlen – von 89 000 im Jahr 2001 auf 125 000 im Jahr 2003 – zeigten, dass ein großer Bedarf bestehe. Daher seien die Bauplanungsunterlagen grundlegend überarbeitet worden. Die Mitfinanzierung des Landes müsse gesichert werden, denn der Bund erkläre sich nur bereit, bei Investitionsmitteln mitzuwirken, wenn Berlin sich entsprechend dem Finanzierungsschlüssel beteilige. Die anspruchsvollere Lösung, die sich nun abzeichne, sei kulturpolitisch und gedenkstättenpolitisch gewollt, bedürfe jedoch einer Überarbeitung der BPU, die noch nicht vorliege.

**Herr Klemke** (SenWissKult) erläutert, die Haftanstalt Hohenschönhausen sei nicht für den Besucherverkehr vorgesehen gewesen, weshalb eine Reihe von Anpassungen notwendig gewesen seien, um Führungen dort veranstalten zu können. Dank der kontinuierlichen Unterstützung durch SenStadt seien dort Seminar- und Verwaltungsräume geschaffen und Sicherungsmaßnahmen für Dach und Fach vorgenommen worden, ohne dass die früheren Baulichkeiten überformt worden seien, sondern der Charakter des Gebäudes erhalten geblieben sei. Der Bund habe dabei anteilig Kosten übernommen. In den 90-er Jahren sei eine Perspektivplanung für den weiteren Umbau der Haftanstalt zur Gedenkstätte entwickelt worden, aber zum einen seien grundlegend neue Erkenntnisse gedenkstättenpädagogischer Art hinzugekommen, die auch in der Topographie berücksichtigt werden müssten, und zum anderen seien Überlegungen des Bundes angestellt worden, die Gedenkstätte Hohenschönhausen zur zentralen Gedenkstätte zum DDR-Unrecht zu machen. Insbesondere Herr Nevermann habe sich hierfür sehr engagiert und dafür plädiert, in der Gedenkstätte Hohenschönhausen einen großen, zentralen Ausstellungsraum zu schaffen, was bedeute, das Untergeschoss des Hauptgebäudes für eine große Halle mit Foyer und den notwendigen Fazilitäten zu nutzen. Dies habe eine Reihe von Konsequenzen für das sonstige Gebäude. SenStadt habe aus ihren Ressourcen ermöglicht, einen Architekten zur Voruntersuchung der Einpassungsplanung des Raum- und Ausstattungsprogramms in die vorhandenen Räume zu beschäftigen. Bis Mitte Juli werde SenStadt eine Vorlage dazu machen, die als Grundlage für die Investitionsplanung dienen könne und die Möglichkeit gebe, mit dem Bund in einen konkreten Abstimmungsprozess einzutreten. Nach Aufnahme in die Investitionsplanung und nach Abstimmung mit dem Bund könne innerhalb eines halben Jahres der Ausschreibungsprozess für den Umbau abgeschlossen werden. Ab 2006 könnten dann die Baumaßnahmen begonnen werden. Es werde erwogen, bei der Ausschreibung des Projekts eine Teamleistung zu erwarten, dass also Tragwerksplaner, Architekt und Ausstellungsplaner zusammenwirkten, um Abstimmungsprobleme zu vermeiden.

**Abg. Apelt** (CDU) hebt hervor, die Gedenkstätte Hohenschönhausen habe über Berlin hinaus für die Aufarbeitung der DDR-Diktatur immense Bedeutung. Berlin müsse daher in alle Überlegungen auf Bundesebene

von Anfang an eingebunden werden. Es sei problematisch, dass sich Berlin zu 50 % an Projekten beteilige, die für ganz Deutschland stünden. Ein solches Projekt wie die Gedenkstätte Hohenschönhausen solle möglichst ganz vom Bund übernommen werden. Berlin solle möglichst in diese Richtung hinarbeiten. Wie sollten die Baukosten aufgeteilt werden, und welche Summen seien hier zu erwarten?

**Frau Abg. Meister (FDP)** bittet um eine Auflistung der Ansätze für die Gedenkstätte Hohenschönhausen und der geplanten Baukosten.

**Frau StS Dunger-Löper (SenStadt)** stellt dar, am Anfang seien aus bauaufsichtlicher Sicht Entrauchungsanlagen, Einbau von Brandmeldern, Herrichtung von Fluchttreppen und Außenmauern notwendig gewesen. Diese Kosten hätten bei ca. 814 T€ gelegen. Zurzeit werde über eine Kostenübernahme des Bundes verhandelt. Zum Umbau in eine Gedenkstätte müsse das große Gelände in mehrere Bauabschnitte aufgeteilt werden. Der erste Bauabschnitt werde das Hauptgebäude umfassen. Hieran arbeite zurzeit ein Büro, um die entsprechenden Unterlagen vorzubereiten. Bisher seien die Kosten für den ersten Bauabschnitt auf 12 bis 14 Millionen € geschätzt worden und umfassten umfangreiche Bauarbeiten im Hauptgebäude unter weitgehendem Erhalt der Authentizität. An Maßnahmen fielen an: statisch notwendige Lastabtragungen, Ausstellungs- und Veranstaltungsräume, Multimedia- und Vortragsräume, Arbeitszimmer, Seminar- und Depoträume, Einbau einer Cafeteria, von Toiletten etc. Nach der Prüfung des Bedarfsprogramms solle ein Realisierungswettbewerb durchgeführt werden, der Anfang 2005 abgeschlossen sein solle. Die Verhandlungen über die Kostenverteilung zwischen Land und Bund seien noch nicht abgeschlossen. Das Land bemühe sich, den Bund dazu zu veranlassen, mehr als 50 % der Kosten zu übernehmen.

**Sen Dr. Flierl (WissKult)** bestätigt letzteres. Berlin sein in die Debatte über die Gedenkstättenkonzeption des Bundes mittelbar einbezogen. Maßgeblich seien hier nicht nur die Gespräche Berlins mit der Kulturstatsministerin, sondern auch Absprachen auf verschiedenen Ebenen der Bundesregierung. Die Zukunft der Gedenkstätte Bernauer Straße, die aus dem Mauergrundstücksfonds getragen werde, sei auf diese Weise dauerhaft nicht gesichert. Auch über das Haus I in der Normannenstraße und die Zukunft der Stasiunterlagenbehörde müsse gesprochen werden. Es gebe Überlegungen, eine Gesamtkonzeption zu errichten zu und zu fragen, ob die Stasiunterlagenbehörde dauerhaft beim BMI richtig angesiedelt sei oder zu einem Archiv werden und der Gedenkstättenarbeit zugänglich gemacht werden solle. Dann wäre es ein Thema für die Staatsministerin. Alle diese Themen spielten dort mit hinein, weshalb eine gewisse Beharrlichkeit erforderlich sei. Die Themen und Gedenkstätten zur DDR-Geschichte sollten jedenfalls in einen Zusammenhang gebracht werden, bis hin zum Checkpoint Charlie.

**Abg. Apelt (CDU)** fragt nach einem Zeithorizont für Ergebnisse mit dem Bund.

**Sen Dr. Flierl (WissKult)** erwartet, dass sich der Bund im Herbst 2004 dazu erkläre.

#### **4. Schwerpunkt: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e. V.**

**Sen Dr. Flierl (WissKult)** stellt dar, der Schlussbericht an das Abgeordnetenhaus sei zum 30. 9. 04 terminiert. Es gehe um die dauerhafte Sicherung des Betriebs der Erinnerungsstätte nach Abschluss der Umbaumaßnahmen und der Eröffnung der neuen Dauerausstellung ab dem 2. Halbjahr 2005. Bei dem vom Trägerverein geschätzten jährlichen Finanzbedarf von 268 T€ handele es sich um einen Mindestbedarf. Nach Abzug der geschätzten Einnahme des Vereins ergebe sich ein jährlicher Zuschussbedarf von 243 T€. Beabsichtigt sei eine mindestens hälftige Beteiligung des Bundes, so dass für diesen Mindestbetrag eine Summe von 121 T€ ab dem Haushalt 2006 im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2006 aufgebracht werden solle. Für 2005 sei er in Gesprächen mit SenGesSozV, wie diese Summe erbracht werden könne und mit welchem Teil sich SenGesSozV ab 2006 daran beteilige. Die Erinnerungsstätte benötige Drittmittel für die Herstellung der Arbeitsfähigkeit, also für Erstausrüstung und ähnliches. Der Mauergrundstücksfonds wäre ein geeigneter Partner für eine solche einmalige Finanzierung.

**Abg. Apelt (CDU)** fordert auch hier Verhandlungen mit dem Bund über möglichst mehr als 50 % Beteiligung, da es sich um eine gesamtdeutsche Gedenkstätte handele. Sei der Senator so zu verstehen, dass die Einrichtung schon für 2005 und ab 2006 mit den Mitteln von SenWissKult und SenGesSozV rechnen könne, auch wenn die Verhandlungen mit dem Bund noch nicht abgeschlossen seien?

**Abg. Cramer** (Grüne) betont, der Bund solle einbezogen werden; andererseits habe Berlin auch viele Vorteile auf Grund der Hauptstadtfunction, z. B. die Ansiedlung der DB AG mit ihren Steuerzahlungen. Nicht nur Bund, sondern Bund und Länder sollten wegen ihrer Verantwortung für die Geschichte finanziell einbezogen werden, weil es sich um eine Angelegenheit der gesamten Bevölkerung handle.

**Frau StS Dunger-Löper** (SenStadt) erläutert, das Land Berlin habe bereits erhebliche Vorleistungen erbracht. Die Baulichkeiten würden hergerichtet: Das Hauptgebäude werde in seiner Grundstruktur erhalten und lediglich durch einen kleinen Anbau für einen behindertengerechten Aufzug ergänzt. Die Infrastruktur des Gebäudes werde auf den heutigen Stand gebracht und behindertengerecht ausgestattet. Die Bauarbeiten fänden noch 2004 statt, und die Fertigstellung sei für Januar 2005 geplant. Die Gesamtkosten betrügen ca. 1,8 Millionen €, davon Baukosten im engeren Sinne 1,29 Millionen €. Die Baukosten würden mit 800 T€ von der Deutschen Klassenlotterie gefördert. Die Restfinanzierung erfolge aus Bundes- und Eigenmitteln, Spenden und Mitteln der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur.

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) bemerkt, für Niederschöneweide wie für Marienfelde führe das Land durch Einstieg in die dauerhafte Finanzierung der Institutionen die Anfinanzierung durch. Die immer noch gültige Gedenkstättenkonzeption des Bundestages, die unter Bundeskanzler Kohl beschlossen worden sei, mache nur eine Finanzierung bis zu 50 % möglich. Er könne versuchen, diesen Rahmen auszufüllen. Er könne allenfalls Anregungen für neue Gesetze und Regelungen geben. Es bedürfe schon großer Anstrengungen des Landes, im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2005 das Lager Marienfelde zu finanzieren.

Der **Ausschuss** vertagt die Beratung zu TOP 2 a) hinsichtlich am heutigen Tag nicht thematisierten Gedenkstätten. Zu TOP 2 b), c), e) und f) schließt er die Besprechungen ab.

### **Punkt 3 der Tagesordnung**

Mitteilung - zur Kenntnisnahme -

[0194](#)

**Übernahme der Flick-Sammlung nach Berlin**

- Drs 15/2688 -

(Besprechung auf Antrag der Fraktion Grüne)

**Frau Vors. Ströver** verweist auf die Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 15/2907 zum selben Thema, womit sich der Senat für seine Stellungnahme auf August 2004 vertage. Es ergebe einen unguuten Eindruck, wenn von Seiten der Verwaltung die Diskussion weiterhin verweigert werde. Die Formulierungen des Mitglieds der Jüdischen Gemeinde, Herrn Salomon Korn, seien wenig weiterführend gewesen und hätten in dem Vorwurf gegipfelt, die Sammlung von Herrn Flick sei mit „Blutgeld“ erworben worden. Dies zeige nach ihrer Auffassung, dass Geschichte nicht in dieser Weise entsorgt werden könne. Vor einem Jahr habe eine Gruppe engagierter Bürger eine öffentliche Diskussion von zwei Feldern beabsichtigt: zum einen die Verstrickung von Firmen im dritten Reich in die Zwangsarbeit und die daraus abzuleitenden Verantwortungen, zum zweiten die Herkunft von Kunstsammlungen. Es sei eine Diskussion darüber nötig, was es für die Gesellschaft in Berlin bedeute, wenn die Sammlung Flick hier befristet gezeigt werde, und wie diese Sammlung zu Stande gekommen sei, und dies müsse auch dokumentiert werden. Die politischen Kreise hätten hier bisher versagt. Auch die Staatlichen Museen hätten bisher nicht zureichend Stellung genommen. Nach ihren Äußerungen wollten sie keine Diskussion in ihren Räumen, sondern ein zweitägiges Symposium durchführen, wo sie sich nur mit dem Komplex beschäftigen wollten, was private Sammlungen in öffentlichen Museen bedeuteten. Dies sei jedoch nicht die richtige Fragestellung. Leider habe der Förderverein, der sich um diese Frage gekümmert habe, bisher nicht die nötige Unterstützung von öffentlicher Seite erhalten.

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) nimmt Stellung, das Abgeordnetenhaus habe dem Senat den Auftrag gegeben, sich dafür einzusetzen, dass im Vorfeld und im Verlauf der Ausstellung ein Forum für die Intentionen des Stifters und die Reflexion der gesellschaftlichen Diskussion über diese Sammlung sichergestellt werden solle. Seine eigene Position zu dem Vorgang sei bereits seit einem Dreivierteljahr in einem Artikel der „taz“ nachlesbar. Er unterstütze die im Beschluss des Abgeordnetenhauses ausgedrückte Erwartung, dass der gesellschaftliche Diskussionsprozess aufgenommen werde. Er habe sich am 5. 1. 04 an den Präsidenten der

SPK mit der Frage gewandt, was die SPK als Begleitprogramm zur Präsentation der Flick-Sammlung zu präsentieren gedenke. Anschließend hätten drei oder vier Gespräche stattgefunden, in deren Verlauf er dem Präsidenten einige Anregungen unterbreitet habe, u. a. jene, sich mit der Geschichte der Sammlungen, der Sponsoren und der Sammler der Staatlichen Museen auseinander zu setzen. Der Fall Flick sei zwar ein besonders kontrovers diskutierter, aber nicht einmaliger Vorgang. Die zögerliche und wenig aktive Behandlung des Themas während der Stiftungsratsitzung am 11. 6. 04 werde kritisch von einer Vielzahl von Stiftungsratsmitgliedern angesprochen. Zu dieser Stiftungsratsitzung habe er Materialien erhalten, die eine Form hätten, die es ihm bisher nicht ermöglicht habe, den Bericht an das Abgeordnetenhaus zum Berichtstermin zu erstatten. Er habe seine Aufgabe nicht darin gesehen, das öffentliche Begleitprogramm zur Flick-Sammlung für die SPK zu schreiben. Er habe daher um Terminverschiebung gebeten, was nach dem Dargestellten nicht auf die Weigerung des Senats zurückgehe, dazu Stellung zu nehmen.

Am 21. 9. 04 werde die SPK Vorträge und Podiumsveranstaltungen aus Anlass der Ausstellung im Hamburger Bahnhof unter der Überschrift „Macht und Moral der Sammler – Die Verantwortung der Museen im Zeitalter der Privatisierung der Kunst“ anbieten. Bei der Veranstaltung würden die Staatsministerin, der Präsident und der Generaldirektor der SPK auftreten. Dabei sollten auch verschiedene Sammler zu Wort kommen. Weiterhin sei auf Anregung von SenWissKult vorgesehen, dass sich die Freundeskreise der Staatlichen Museen in einer regelmäßigen, über mehrere Projekte hinziehenden Veranstaltungsreihe mit der Geschichte der Sammlungen, der Sammler und Sponsoren beschäftigten. Parallel zur Ausstellungseröffnung solle an jeden Besucher und jede Besucherin kostenlos eine Informationszeitung verteilt werden. Er habe immer wieder angesprochen, dass die gesellschaftliche Erwartung, die mit der Übernahme der Flick-Sammlung verbunden sei, auch in dieser Zeitung aufgegriffen werden solle. Während der Stiftungsratsitzung sei angeregt worden, wichtige Kritiker der Übernahme, die auch in letzter Zeit aufgetreten seien, wie Herrn Korn oder Personen aus der Stadt Zürich, in den Diskussionsprozess einzubeziehen. Die Projektgruppe, die sich um die Dokumentation der Bewältigung des Erbes der NS-Wirtschaftseliten in der Bundesrepublik bemüht habe, habe einen Antrag bei der Lotto-Stiftung gestellt, der von SenWissKult positiv votiert, jedoch von der Stiftung nicht positiv beschieden worden sei. Er erwarte, dass unabhängig von den Bemühungen der SPK eine Reihe von Initiativen aufträten, die sich mit dem Thema beschäftigten. So werde darüber nachgedacht, dass die Zwangsarbeiterausstellung der Berliner Regionalmuseen aus diesem Anlass erneut zu präsentieren. Möglicherweise könnte auch das Parlament ein guter Ort für eine solche Präsentation sein.

**Abg. Cramer** (Grüne) fragt, warum dem Verein keine Lottomittel gewährt worden seien, der das generelle Problem Zwangsarbeiter und Industrie habe aufarbeiten wollen. Wenn die Aufarbeitung nicht parallel zur Ausstellung geschehe, werde die Debatte später um so nachteiliger sein.

**Frau Abg. Dott** (PDS) bemerkt, bei dieser heftigen und nötigen Debatte werde es sicherlich am Ende nicht auf allen Seiten Zufriedenheit geben. Herr Berggruen habe die Stadt aufgerufen, sich in dieser Frage die Kunst in den Vordergrund zu stellen, was sie unterstütze. Die Fristverlängerung solle dazu beitragen, dass nun eine Entscheidung getroffen werde.

**Frau Abg. Lange** (SPD) hebt hervor, die SPK habe bis heute nicht dargestellt, wie sie angemessen dokumentieren wolle, woher zumindest Teile des Vermögens des Stifters kämen. Sie könne nicht akzeptieren, dass der Auftrag des Abgeordnetenhauses vom November bisher nicht angemessen erfüllt worden sei. Es sei bisher unklar, was die Stiftung vorhabe.

**Frau Abg. Grüters** (CDU) ist der Auffassung, der SPK könne unterstellt werden, dass sie mit einer solchen Sammlung angemessen umgehen werde. Angriffe seien auf Grund der bisherigen Geschichte der SPK nicht gerechtfertigt. Forderungen aus Sicht der Parlamentarier seien nicht unproblematisch. Das Abgeordnetenhaus sei hier nicht der Hauptakteur. Sie bitte, im Berichtsauftrag darzustellen, inwieweit andere Museen in Berlin in die Planung der Ausstellung involviert seien. Aus den Museen Dahlem sei die Information vorhanden, dass alle noch offenen Kostenpositionen eingeschränkt worden seien, um den Neuauftritt von Flick finanzieren zu können. Dies sei aus Sicht der Besucher negativ. Es solle Klarheit über die Finanzierung der Zusatzmaßnahmen geschaffen werden.

**Sen Dr. Flierl** (WissKult) betont, die Lottoentscheidung unterliege nicht dem Kultursenator und sei vor dem Beschluss des Abgeordnetenhauses getroffen worden. Die Kulturverwaltung habe den Antrag positiv votiert und angeregt, dass sich die Antragsteller mit anderen Partnern, z. B. den Wirtschaftsverbänden, in Verbindung setzen sollten. Seine Aufgabe könne nur sein, das Anliegen des Abgeordnetenhauses gegenüber dem Präsidenten der SPK deutlich zu machen. Er beteilige sich öffentlich, aber auch in den internen Stiftungsgremien an der Diskussion. Die Mehrzahl im Stiftungsrat habe die Erwartung geäußert, dass die SPK offener, transparenter, zusammenfassender und die gesellschaftspolitischen Aspekte sensibler aufgreifend agieren solle. Dazu gehörten auch die Transparenz der Finanzierung und die Aufnahme der gesellschaftlichen Debatte. Der Stiftungsrat habe zur Kenntnis genommen, dass die Stiftungsleitung dargestellt habe, dass sie in der Ausstellung selbst keine Dokumentation zur Familiengeschichte präsentieren, sondern im Kontext der Ausstellung die gesellschaftliche Debatte aufnehmen werde. Die ihm bekannten Einzelheiten habe er oben referiert. Vom Abschlussbericht könne nicht erwartet werden, dass der Senat bestimmte Veranstaltungen anbiete. Er habe seine Möglichkeiten gegenüber der Stiftung wahrgenommen, und es bleibe abzuwarten, wie die Stiftung darauf reagiere. Die Flick-Sammlung sei auch ein Dokument der kulturellen Modernisierung der Bundesrepublik durch die Kunst selbst, aber auch durch die Geschichte der Sammlung. Es sei ein Ablösen von den eigenen historischen Voraussetzungen. Zu diesem Thema gehöre auch die Kontinuität der Wirtschaftseliten in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Debatte müsse auch Teil der Auseinandersetzung sein.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

#### **Punkt 4 der Tagesordnung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Verantwortung für die deutsche Kolonialgeschichte in Afrika**

wahrnehmen – gemeinsame Aktivitäten mit der Partnerstadt

Windhoek fördern

- Drs 15/2680 -

[0196](#)

Kult (f)

EuroBundMedien

Hierzu liegt bereits seit der letzten Sitzung ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der PDS vor (siehe Beschlussprotokoll).

**Abg. Cramer** (Grüne) schließt sich dem Änderungsantrag an.

**Abg. Braun** (CDU) beantragt Vertagung des Tagesordnungspunktes.

**Abg. Cramer** (Grüne) widerspricht.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich die Behandlung des Tagesordnungspunktes ohne Aussprache. Er beschließt die Annahme des Änderungsantrags und empfiehlt dem Abgeordnetenhaus mehrheitlich die Annahme des Antrags in der Fassung des Änderungsantrags. Dringlichkeit wird beschlossen.

#### **Punkt 5 der Tagesordnung**

Verschiedenes

**Frau Vors. Ströver** verabschiedet den Abgeordneten Cramer anlässlich seiner Wahl zum Europaparlament.

**Abg. Cramer** (Grüne) bedankt sich für die besondere Art der Diskussion im Kulturausschuss, die immer anregend gewesen sei. So weit wie möglich werde er sich auch im Europaparlament für die Kultur und für Berlin verwenden.

Im Übrigen Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Ausschuss-Kennung : Kultgczxqsq